

GRENZENLOSE RAUMPLANUNG:

DER BLICK ZUM NACHBARN – DER ERSTE SCHRITT ZUR PARTNERSCHAFT.

In Europa wird Zusammenarbeit über Grenzen hinweg groß geschrieben. Es gibt aber die verschiedensten Grenzen zu überwinden: Staatsgrenzen – Regionsgrenzen – Bezirksgrenzen – und Gemeindegrenzen. Man sollte meinen, dass gerade Gemeindegrenzen am leichtesten zu überwinden wären – wo doch die Verwaltungseinheiten in unmittelbarer Nachbarschaft liegen und weder sprachliche noch bürokratische Hemmnisse vorhanden sind. Von diesen Überlegungen gehen auch jene gesetzlichen Regelungen aus, die in der Raumplanung eine Gemeinschaftsaufgabe sehen.

WUNSCHVORSTELLUNG: ZUSCHAUEN STATT WEGSCHAUEN.

Wenn eine Gemeinde ihr örtliches Raumordnungsprogramm erarbeitet oder ändert und dann den Entwurf zur allgemeinen Einsicht im Gemeindeamt auflegt, werden auch die Nachbargemeinden eingeladen, einen Blick auf die geplanten raumbedeutsamen Änderungen zu werfen. Der Gesetzgeber will auf diesem Weg ganz bewusst Raumplanung aus dem abgeschotteten, stillen Kämmerchen der Planer und der Wissenschaftler auf den Boden des Alltags holen. Es gilt in der örtlichen Raumplanung nämlich zu bedenken, dass Gemeindegrenzen normalerweise unsichtbar sind (ausgenommen Ortstafeln). Landschaft und Lebensraum nehmen keine Rücksicht auf Linien, die nur aus verwaltungstechnischen Gründen gezogen wurden. Daher können Entwicklungsziele und Vorhaben einer Gemeinde Auswirkungen nach sich ziehen, von denen auch Nachbargemeinden betroffen sind. Deshalb ist es eigentlich logisch und zweckmäßig, dass Gemeinden untereinander über die Widmungen sowie die damit verbundenen Entwicklungsziele, Vorhaben und Auswirkungen Bescheid wissen. Allzu häufig lässt sich jedoch in manchen Gemeinden eine ablehnende Haltung beobachten: „Nur nicht einmischen – die sollen ihre Probleme doch alleine lösen. Wir brauchen ja auch keinen Kiebitz, der uns in die Karten schaut.“

MITSPRACHE IST PLANUNGSKULTUR.

Das Raumordnungsgesetz sieht die beschriebene Situation anders: Die Einmischung in Nachbars Garten ist durchaus erwünscht und gehört zur Planungskultur. Leider ist diese Planungskultur in den niederösterreichischen Gemeinden stellenweise noch sehr schwach entwickelt. Dies macht sich vor allem bei der nur wenig vorhandenen Kooperation in Kleinregionen bemerkbar, die künftig auch auf der Planungsebene umgesetzt werden soll. Bisher gab es Kooperationen in Form der Kleinregionalen Entwicklungskonzepte. Diese sind zwar immerhin ein Anfang, nun gilt es aber vor allem, auch Planungsgrundlagen wie Örtliche Entwicklungskonzepte gemeindeübergreifend zu erstellen. Solche gemeinsamen Örtlichen Entwicklungskonzepte können wiederum Basis für die bereits bekannte Form der Kleinregionalen Entwicklungskonzepte sein.

GRENZEN AN DER GRENZE.

Grenzen sind nicht nur zwischen Gemeinden innerhalb (Nieder)Österreichs unsichtbar, von der geografischen Beschaffenheit her gesehenen existieren auch Staatsgrenzen nur im Kopf. Somit sind auch Nachbargemeinden jenseits der Staatsgrenze von Entwicklungen niederösterreichischer Gemeinden betroffen und sollten über örtliche Raumordnungsprogramme informiert werden.

Der Blick über die Gemeindegrenze hinaus, der auch ein Blick über die Staatsgrenze ist, stellt wohl eine besondere Herausforderung dar – besonders im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union, die aus bisherigen Nachbarländern Partnerländer machen soll.

Aber gerade im Grenzgebiet zu unseren nördlichen und östlichen Nachbarstaaten ist das Interesse an der Entwicklung der (jenseits der Grenze liegenden) Nachbargemeinden eher gering. Grund dafür ist nicht nur Zurückhaltung gegenüber dem möglichen Konkurrenten „Nachbargemeinde“, der wohl noch mehr Unsicherheit auslöst, wenn er „hinter der Grenze

lauert“. Diese Art der Konkurrenz lässt sich nämlich am einfachsten ausschalten, wenn der potentielle Gegner zum Partner gemacht wird.

Die Vorbehalte, die eine Kooperation verhindern, liegen oftmals in Informationsdefiziten: „Wie soll ich denn die drüben informieren, dass der Entwurf des Flächenwidmungsplanes im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufliegt, wenn ich gar nicht weiß, welche meine Nachbargemeinde jenseits der Grenze ist?“ klagte vor einigen Jahren ein Bürgermeister im nördlichen Waldviertel und hatte damals – leider – Recht.

DEM NACHBARN ENTGEGEN.

Seit 1.1.2000 gibt es nun in Tschechien die neuen Selbstverwaltungskörper - etwa unseren Bundesländern vergleichbar, - die Wahlen in diese Landes- oder Regionalregierungen sind im vergangenen Herbst abgehalten worden. Unverändert geblieben sind die Grenzen der politischen Bezirke und der Gemeinden, sodass sich heute durchaus der Nachbar „drüben“ für jede Gemeinde an der Grenze unschwer feststellen lässt. Um die Sache leichter zu machen, wurde über die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG („Das Programm für die Zukunft der Grenzregionen“) ein Projekt auf die Beine gestellt, das die Kontaktaufnahme, das Finden von Partnern und damit die eigenständige sowie nachhaltige Raumentwicklung im Grenzraum erleichtert – und zwar für Gemeinden auf beiden Seiten der Staatsgrenze. So sind für die niederösterreichischen Gemeinden leicht die jeweiligen Partner in Tschechien, der Slowakei und in Ungarn zu finden.

„Gut und Schön“, höre ich nun manchen sagen, „aber was bringt es uns, wenn wir wissen, wo die Tschechen drüben ihre Kläranlage bauen?“ Lebt es sich in Unwissenheit nicht viel angenehmer nebeneinander?

Vielleicht sollten solche Skeptiker aller „Nachbarschaftstheorien“ bedenken, dass „drüben“ nicht nur Kläranlagen gebaut werden, sondern dass „dort“ viele verschiedene Wirtschaftszweige neue Wege suchen und auch gehen, Wege die oftmals Gemeinden „herüber“ betreffen und eventuell negativ beeinflussen. Vor etwa 5 Jahren beispielsweise planten holländische Investoren in Tschechien ein Hoteldorf mit etwa 2.500 Betten in freistehenden Einfamilienhäusern in Streulage! Dieses Vorhaben hätte bei tatsächlicher Umsetzung den Fremdenverkehr im Waldviertel gehörig beeinträchtigt - dass es abgewendet werden konnte, ist allein das Verdienst der guten nachbarschaftlichen Kontakte, die es zwischen der betroffenen tschechischen bzw. österreichischen Nachbargemeinde schon einige Zeit gegeben hatte. Neben den guten nachbarschaftlichen Verbindungen stärkte ein gemeinsames Seminar über „Sanften Tourismus“ den auch in Tschechien vorhandenen Gegnern des Großprojektes den Rücken.

NACHBARSCHAFT – DER ERSTE SCHRITT IN EIN GRÖßERES EUROPA.

Nachbarschaft zahlt sich aus, nicht nur in der Blasmusik oder bei Sportveranstaltungen - auch örtliche Raumordnung und Regionalplanung können Anlass sein, das Miteinander an der Gemeindegrenze, aber auch an der Grenze zu Tschechien, zur Slowakei und zu Ungarn zu beleben und neu zu gestalten. Das Zusammenleben in Mitteleuropa braucht eine Kultur der Nachbarschaft, die bei der Planung beginnt und eingeübt werden kann. Einmischen in Nachbars Garten verhilft zu gegenseitigem Vertrauen und schafft eine tragfähige Basis für das neue Miteinander in einem größer gewordenen Europa.

DIPL.-ING. DR. HERMANN REINING

ABTEILUNG RAUMORDNUNG UND REGIONALPOLITIK, ST. PÖLTEN

Zitat LR Sobotka:

„Auch im erweiterten Europa geht es darum, für alle gute Lebensbedingungen zu ermöglichen und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung voran zu treiben. Die dazu nötige Kooperation muss bereits jetzt beginnen.“